

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lanke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Dania 8462 u. 4934.

Verlag: A. Lanke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt
Statulationen aus Ortsvereinen und Krankentassen 30 Pf.

Auslandsinteressen in der deutschen Nahrungsmittelindustrie

In die weit verzweigte Industrie, die sich hierzulande mit der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln befaßt, ist das Auslandskapital in ziemlich erheblichem Umfange eingedrungen. Einzelne Zweige derselben sind fast vollständig überfremdet. So ist zum Beispiel der Anteil ausländischer Konzerne an der Margarineindustrie soweit gestiegen, daß ungefähr drei Viertel der deutschen Erzeugnisse vom ausländischen Großkapital erfaßt werden. Auch in der übrigen Nahrungs- und Genussmittelindustrie hat sich das Auslandskapital auf verschiedenen Teilgebieten eine Machtposition verschafft, die beachtlich ist. Die Zigarettenindustrie ist ebenfalls in ziemlich erheblichem Umfange überfremdet. Zum großen Teil ist auch die Schokoladen- und Süßwarenindustrie diesen Weg gegangen. Aber auch in den übrigen Gewerbezweigen, die zu unserem Verbandsgebiet gehören, ist ausländisches Kapital mehr oder weniger tonangebend eingedrungen. Das Kapital überspringt eben Landesgrenzen, weil es immer versucht, sich überall da festzusetzen, wo die Möglichkeit besteht, Profite zu machen. Zum anderen trägt in nicht geringem Maße auch die Schutzollgesetzgebung hierzu bei. Da die hohen Schutzollmauern den Warenfluß von Land zu Land verhindern, gehen fast alle Standardindustrien dazu über, sich in den betreffenden Ländern in Form von Tochtergesellschaften niederzulassen oder Beteiligungen an bestehenden deutschen Gesellschaften zu erwerben. In der Nachkriegszeit mit der Erhöhung der Schutzollmauern in fast allen Ländern ist diese Entwicklung überall wahrnehmbar. So werden ungünstige Auswirkungen der Zoll- und Wirtschaftspolitik der Landesregierungen durch das Privatkapital wieder zu korrigieren versucht. Die deutsche Arbeiterschaft ist dagegen machtlos, weil sie einestheils die offizielle Politik nicht entscheidend zu beeinflussen vermag und auf der anderen Seite den Kapitalexport und -import zu verhindern nicht in der Lage ist. Trotz alledem ist es unsere Aufgabe, diese Entwicklung zu verfolgen und den Grad der Überfremdung bzw. das Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft festzustellen. Sehr gutes Material befindet sich hierüber in dem Buche „Das ausländische Kapital in der deutschen Wirtschaft“ (Ruhr-Verlag Girardet, Essen). Wir führen nachstehend die Unternehmungen auf, die zu unserem Verbandsgebiet gehören und vom Auslandskapital beherrscht werden, ausländische Beteiligungen aufweisen oder Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmungen sind:

Schokoladen- und Süßwarenindustrie.

Sarotti AG, Berlin (im Besitz der Nestlé and Anglo Swiss Condensed Milk Company, Cham und Yveron, Schweiz), Deutsche AG für Nestlé-Erzeugnisse, Lindau (Bodensee), Tochterunternehmen der gleichen schweizerischen Gesellschaft, Schokoladenfabrik Lindt u. Sprüngli AG, Berlin (im Besitz der AG. Vereinigte Berner und Züricher Chocolate-Fabriken Lindt u. Sprüngli, Kilchberg bei Zürich, Schweiz), Ph. Suchard G. m. b. H., Lörrach Baden (Zweigunternehmen der schweizerischen Schokoladenwerke Suchard), Holey-Schokoladenwerke AG, Homburg v. d. S. (im Besitz der F. W. Woolworth Co. G. m. b. H.,

Berlin, deutsche Tochterfirma des amerikanischen Konzerns), Deutsche Kwatta AG, Köln (Tochterunternehmen der Stoom Chocolate-en Cacao-fabriek „Kwatta“ in Breda, Holland), C. J. van Houten u. Zoon G. m. b. H., Kakaofabrik in Krefeld (Zweigfabrik der holländischen Firma gleichen Namens), Benschdorp u. Co. G. m. b. H., holländische Kakaofabrik in Cleve (Zweigunternehmen der holländischen Kakaofabrik gleichen Namens), Kanold AG, Berlin (im Besitz der schwedischen Kanold-Gruppe), Alpurja AG, Biesenhofen (Allgäu) (Tochtergesellschaft der Urjina AG, Stans, Nidwalden, Schweiz).

Getränkeindustrie.

Heidsieck u. Co. Monopole AG, Mainz (beteiligt ist die Champagne Heidsieck u. Co. Monopole Soc. An. Reims, Frankreich), Francesco Cinzano & Cia. G. m. b. H., Berlin (Tochterunternehmen der kanadischen Cinzano Ltd., der Hollinggesellschaft der italienischen Cinzano-Gruppe, Vermouth), Apollinaris-Brunnen AG, Bad Neuenahr (englische Kreise beteiligt), Aktiengesellschaft Johannisbrunnen in Zollhaus, Hessen-Nassau (vollständig im englischen Besitz), Coca-Cola G. m. b. H., Köln (Tochterunternehmen der Coca-Cola Company of Atlanta bzw. der Firma The Coca-Cola Export Corporation of Delaware USA.), Deutsche Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. für Naturgetränke, Köln (Deutsches Vertriebsunternehmen der amerikanischen Coca-Cola-Gruppe), Deutsch-Niederländische Likörfabrik und Weinbrennerei AG, Düsseldorf (im Besitz holländisch-belgischer Kreise), Erven Lucas Bols AG, Emmerich (gehört zum Interessenbereich der „Amsterdamschen Liqueurfabrik 'Bootsje'“ der Erven Lucas Bols), Moka-Est-Dorag-Betriebs AG, Berlin (Aktienmehrheit im Besitz von Herrn Bakirgian, Manchester, England und orientalischer Kreise), Deutsche Orientkaffee AG, Berlin (Aktienmehrheit hat die englische Kaffeehandels-Gruppe mit dem Sitz in Manchester), F. Bausback AG, Breisach i. Br., Wein- und Spirituosenhandel (im Besitz französischer Interessenten).

Mühlenindustrie.

Pfälzische Mühlenwerke AG, Mannheim, Ed. Kauffmann u. Söhne G. m. b. H., Mannheim, Heiner Auer, Mühlenwerke AG, Köln-Deutz, Reilmühlen AG, Düsseldorf-Reisholz, Hübler u. Co., Riesa, Dortmund-Mühlenwerke AG, Dortmund, Simons-Mühlen AG, Neuß am Rhein, Matthäi u. Weil in Worms (diese Werke werden alle von der Grands Moulins de Strassbourg, Strassburg, Elsaß, früher Illkircher Mühlenwerke, kontrolliert), Mühlen- und Handels-AG, Koblenz (beteiligt ist die N. B. Transport en Handel Mij. „Nassau“, Rotterdam).

Sonstige Nahrungsmittelfabrikation.

N. B. Internationale Gradin Maatschappij, Berlin (Herstellung von Milch- und Fettprodukten), (Niederlassung der Mutterfirma gleichen Namens in Amsterdam, beteiligt ist die Norddeutsche

Gradin-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin), Schwartauer-Werke AG, Bad Schwartau bei Lübeck (das Unternehmen steht der englischen Ticker-Gruppe nahe), Grosse u. Blackwell AG, Altona (Tochterunternehmen der Lebensmittel- (Marmeladen-) Firma Grosse u. Blackwell Ltd. London), T. G. Ticker u. Grosbie Pure Food Company G. m. b. H., Bad Schwartau (an dieser Jams- und Marmeladenfabrik sind die T. G. Ticker Ltd., London und die Schwartauer Werke AG. beteiligt), John Macintosh u. Sons G. m. b. H., Bad Schwartau (im Besitz dieser Toffeeefabrik sind die John Macintosh u. Sons Ltd., Halifax, England und die Schwartauer Werke AG.), „Helvetia“ Conservefabrik AG, Groß-Berau (Conservefabrik Lenzburg vorm. Henckell u. Roth, Lenzburg, Schweiz, beteiligt), Biscuitfabrik „Holland“ G. m. b. H., Cleve-Kellen (Herstellung des XOX-Gebäcks), Brighley AG, Frankfurt a. M. (Tochtergesellschaft der amerikanischen Kaugummifabrik Brighley in Chicago), Deutsche Royal Backpulver G. m. b. H., Berlin (Tochterunternehmen der Royal Baking Powder & Co., New York), Deutsche Maizena-Werke AG, Hamburg (Tochtergesellschaft der Corn Products Refining Corp., New York), die deutsche Gesellschaft ist beteiligt an: Deutsche Maizena-Gesellschaft m. b. H., Hamburg, Tschechoslowakische Maizena-Gesellschaft, W. A. Scholten, Stärke- und Syrupfabriken AG, Brandenburg an der Havel, und Stärkefabrik Schollene G. m. b. H., Schollene bei Rathenow), Mondamin G. m. b. H., Heilbronn (mit 75 Proz. ist ein amerikanischer Konzern beteiligt), Emlichheimer Kartoffelmehlfabrik AG, Emlichheim in Hann. (im Besitz holländischer Interessenten), Maggi G. m. b. H., Singen-Berlin (im Besitz der Allgemeinen Maggi-Gesellschaft, Rempthal, Schweiz; zu diesem Konzern gehört ferner die Maggi Immobilien G. m. b. H. Berlin), Liebig-Gesellschaft G. m. b. H., Köln (Tochterunternehmen der englischen Liebig-Gesellschaft), H. u. P. Sauer mann AG, Kulmbach (im Besitz der European Meat and Packing Co. Ltd., London, und auch der H. u. P. Sauer mann AG., Fleisch-Einfuhr-Gesellschaft AG, Hamburg (englische Kreise beteiligt), Liphat Leipzig Branch of Fisadco Ltd., London, Engelsdorf bei Leipzig (Zweigniederlassung, Del- und Fettgewinnung aus Fischen usw., der Fisadco Ltd., London), Spratts AG, Berlin (Tochterunternehmen der englischen Futtermittelgesellschaft Spratts), Roudijs Futterfabrik B. K. A. G., Cleve (die Aktien sind in holländischem Besitz), Ch. Gervais AG, Köln (Tochterunternehmen der Firma Ch. Gervais, Paris Kaseinprodukte), Sport-Gum G. m. b. H., Düsseldorf (Tochterunternehmen der British Chewing Sweets Ltd., London), Badische Obst- und Gemüsewerke AG, Griesen (beteiligt sind die Conservefabrik Lenzburg vorm. Henckell u. Roth, Lenzburg, Schweiz, mittelbar durch die „Helvetia“ Conservefabrik AG.), Grivan Trading Company Ltd., Hamburg Agency (Zweigniederlassung der Fischkonservenfabrik Grivan Trading Co. Ltd., Guersney, England).

Es sind eine große Anzahl von Unternehmungen innerhalb der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die mit dem Ausland durch Kapitalverflechtung verwachsen sind. Am geschlossensten tritt das Auslandskapital in der Schokoladen- und Süßwarenindustrie auf. Doch auch in den übrigen Gewerbearten sind Auslandsinteressen stark wahrnehmbar. Die internationale Kapitalverflechtung hat also auch in den Industriezweigen, die wir zu bearbeiten haben, sehr große Fortschritte gemacht. Wenn auch unser Verband sich stark genug fühlt, mit dieser Koalition von deutschem und ausländischem Kapital fertig zu werden, so ergibt sich doch aus diesen Zusammenhängen, wie notwendig die internationale Gewerkschaftsbewegung ist. Die Internationale Union der Lebens- und Genussmittelindustrie ist aus alledem eine dringende Notwendigkeit. Deshalb müssen wir uns den Ausbau der internationalen Beziehungen auch in Zukunft angelegen sein lassen. Nach der oben angegebenen Skizze sollen in der deutschen Margarine-Kunstfettindustrie 110 bis 130 Millionen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 90 bis 100 Millionen, in der Mühlenindustrie 7 bis 9 Millionen und in der Tabakindustrie 40 bis 50 Millionen Auslandskapital in Form von Beteiligungen investiert sein. Diese Summen beweisen sehr deutlich, in welchem Maße die Investition von Auslandskapital in der Lebens- und Genussmittelindustrie erfolgte. Die Folgerungen daraus ergeben sich von selbst, indem unsere Kollegen um die Stärkung ihrer Organisation bemüht sein müssen.

Unsere Forderungen an den Gesetzgeber

Der Verbandsvorstand hat dieser Tage in einer Petition an die Reichsregierung, den Reichsrat, den Reichstag und die Regierungen der Länder auf die große Schädigung der Berufsangehörigen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie durch den Vermahlungszwang inländischer Agrarprodukte, wie er erneut vom Reichsernährungsministerium sowie in Eingaben der bürgerlichen Parteien gefordert wird, hingewiesen. Er forderte, daß derartige gesetzliche Maßnahmen nicht erfolgen sollen, weil jetzt schon durch die Vorschriften über den Vermahlungszwang von Inlandsweizen eine große Schädigung der Mühlenarbeiterschaft nachgewiesen werden kann. Wenn aber der Verwendungszwang auch auf andere Inlandsprodukte, wie Gerste, Hopfen usw. vorgesehene wird, dann wird bestimmt auch in den übrigen Berufen ein Produktionsrückgang eintreten. Der Hauptzweck, der hierbei von den Antragstellern und dem Reichsernährungsministerium verfolgt wird, nämlich die Landwirtschaft zu stützen, wird nicht erreicht. Hoffentlich wird die Mehrheit des Reichstages den Anträgen auf Ausdehnung des Verwendungszwanges inländischer Agrarprodukte nicht stattgegeben und unserer Petition Rechnung tragen.

Was wollen die Unternehmer?

Als Antwort auf die von den freien Gewerkschaften erhobenen Forderungen zur Behebung der Wirtschaftskrise hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände der Öffentlichkeit ihre Richtlinien zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise zugeleitet. Es ist festzustellen, daß die Unternehmer trotz der Not, die augenblicklich größer ist als je zuvor, nichts hinzugelernt haben. Ihre Forderungen sind die alten, die bereits erhoben wurden, als die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems noch nicht so offen zutage trat. Auch der Zweck der Forderungen ist derselbe geblieben, keine Aenderung des derzeitigen Wirtschaftssystems, nur notdürftige Ueberbrückung der sich bemerkbar machenden Mißstände, die vielleicht im Augenblick unsichtbar werden, bei der nächsten Erschütterung aber wieder offen zutage treten würden.

Neben Senkung der Löhne oder Verlängerung der Arbeitszeit um die Selbstkosten der Wirtschaft zu senken, wird noch verlangt Beschränkung der Notstandsarbeiten, Ausdehnung der Pflichtarbeiten, um die Arbeitswilligkeit der Erwerbslosen zu prüfen und Beseitigung der Gewährung von öffentlichen Mitteln an private Betriebe. Die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstplicht wird abgelehnt. Zu der Hauptforderung, Senkung der Löhne, ist zu bemerken, daß ohne Zweifel die Löhne, die zur Fertigstellung eines Produktes aufgewendet werden, einen Bestandteil der Produktionskosten bilden. Es wird aber immer wieder verkant, daß von der Lohnhöhe die Kaufkraft des inneren deutschen Marktes abhängt, die sofort beeinträchtigt würde, wenn sich die Lohnhöhe verringerte. Wenn also schon die notwendige Selbstkostensenkung eintreten soll, dann nicht durch Senkung der Löhne, denn damit würde der Akt auf dem die deutsche Wirtschaft ruht, abgefaßt werden, sondern durch Verringerung der Zwischenhandelspannen, die in ihrer oft

unglaublichen Höhe durch Kartellvereinbarungen und sonstige Maßnahmen zwingend festgelegt sind. Nicht künstlich hochgehaltene Preise, sondern Anpassung des Preisniveaus an die Kaufkraftfähigkeit des Marktes, um den Warenverbrauch auf seiner Höhe zu halten oder sogar noch zu steigern. Dieses Ziel kann aber nicht erreicht werden, wenn die Unternehmer auch weiterhin die Profite, die ihnen die Rationalisierung in erhöhtem Maße gebracht hat, in ihre eigene Tasche stecken, den Produktionsapparat damit unnötig vergrößern und den augenblicklichen Preisstand künstlich auf seiner Höhe halten.

Wie ernst es den Unternehmern mit ihrer Lohnabbauforderung ist, beweist auch die Tatsache, daß auf der vor einigen Tagen stattgefundenen Zusammenkunft der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen dieselben Forderungen erhoben wurden. Auch auf dieser Tagung wurden die Vorschläge der freien Gewerkschaften glatt abgelehnt und verlangt, daß neben der Senkung der Löhne und Gehälter auch die Besitzsteuern gesenkt werden. Merkwürdigerweise ist keine Senkung der bei leitenden Personen in der Industrie üblichen Riesengehälter und der Zwischenhandelsgewinne in Erwägung gezogen worden. Allein dieser Umstand beweist, daß es den Unternehmern gar nicht ernst ist, die schädlichen Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu beseitigen, sondern daß sie versuchen, die Schäden dieser Auswüchse auf die davon unmittelbar betroffene Arbeiterschaft abzuwälzen. Dagegen gilt es sich mit aller Kraft zur Wehr zu setzen. Die freien Gewerkschaften haben ihr Programm formuliert und sie werden es durchsetzen. Dabei muß jeder einzelne Arbeiter mithelfen, auch wenn er noch nicht in seiner Existenz bedroht ist. Die Wünsche der Unternehmer zeigen, daß es um die gesicherte Lebensexistenz der gesamten Arbeiterschaft geht.

Arbeitszeitverlängerung trotz großer Arbeitslosigkeit

Die Gewerbeaufsichtsbehörden in Bayern haben wiederum bereitwilligt den Anträgen der Bäckermeister entsprochen, an dem Vortage vor Allerheiligen mit der Arbeit früher beginnen zu dürfen und gleichzeitig gestattet eine Verlängerung der Dauer der Arbeitszeit bis zu 12 Stunden. Dieses weitherzige Entgegenkommen kann festgestellt werden im Kreis Schwaben-Neuburg, in der Oberpfalz und sogar in München.

Dieser Vorgang beweist uns, daß bei den Gewerbeaufsichtsbehörden jede Empfindung mangelt, der katastrophal anwachsenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Tagtäglich erscheinen dringende Aufrufe in allen möglichen Zeitungen, die sich mit dem Problem der Arbeitszeitverkürzung beschäftigen, und selbst in Unternehmerrreisen ist heute die Notwendigkeit über Arbeitszeitverkürzung stark verbreitet. Es ist verständlich, wenn das Riesenheer der Arbeitslosen immer größer wird und keine Aussicht auf Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage besteht, daß letzten Endes selbst von Unternehmerseite Vorkehrungen für eine Arbeitszeitverkürzung getroffen werden.

Nur die Bäckermeister sind anderer Meinung und wiederum wurden sie mit Anträgen bei der Gewerbeaufsichtsbehörde vorstellig, damit ihre reaktionären Wünsche erfüllt werden. Es ist doch unerhört, wenn beispielsweise in München der 4-Uhr-Arbeitsbeginn gestattet wird, in einer Zeit, wo viele Hunderte arbeitsloser Bäckergehilfen vorhanden sind. Auch in den übrigen Städten Bayerns sieht es nicht besser aus. Die Gewerbeaufsichtsbehörde für Schwaben gestattete außerdem noch eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 12 Stunden. Den Gewinn von der verlängerten Arbeitszeit stecken die Bäckermeister allein in ihre Taschen. Oder glaubt jemand, daß die Bäckermeister in Kreis Schwaben für die geleistete Mehrarbeit Ueberstunden mit Aufschlägen bezahlen? Dieses unsinnige Entgegenkommen der Gewerbeaufsichtsbehörde gegenüber den Bäckermeistern muß die größte Empörung bei der Kollegenchaft erwecken.

Sind die Fleischpreise abbaureif?

Wie ein Zauberwort wirkte die Parole des Preisabbaues, die bis heute, namentlich bei den wichtigen Lebensmitteln verpufft ist. Die Reichsregierung selbst ist zu schwach, ihn mit gesetzgeberischen Mitteln zu fördern. Nur durch den Druck der öffentlichen Meinung sah sich jetzt das Reichsernährungsministerium veranlaßt, Verhandlungen über einen Preisabbau des Fleisches mit dem Fleischergewerbe zu führen. Welche Ironie des Schicksals aber, daß zur gleichen Zeit das Statistische Reichsamts feststellte, daß in der Zeit vom Juni bis September d. J. die Fleischpreise in Hamburg, Frankfurt und anderen Wirtschaftsgebieten gestiegen sind. So verteuerte sich das Rindfleisch pro Kilogramm in Hamburg von 2,30 Mk. auf 2,32 Mk., in Essen von 2,20 Mk. auf 2,22 Mk. und in Frankfurt von 2,06 Mk. auf 2,10 Mk. Bei den übrigen Fleischgattungen verhält es sich ebenso. Diese Steigerungen sind nicht mit dem Preisabbau in Einklang zu bringen

und recht lächerlich wirkt die Feststellung, daß nach dem Index die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober um 1 Proz. gefallen sind.

Das Fleischergewerbe begründet die an sich hohen Fleischpreise mit den „hohen“ Löhnen der Gesellen. Wie verhält sich aber die Preisgestaltung in den Betrieben, in denen keine Gesellen beschäftigt werden? Und deren gibt es sehr viele in Deutschland. Hier kommen die „hohen“ Löhne gar nicht in Ansatz und doch sind die Preise gleich hoch. Ueberdies sind die Preise für das Vieh längst nicht so, daß damit der hohe Fleischpreis berechtigt wäre. Zugegeben, daß es auch im Fleischergewerbe Zwischenhandelsstellen gibt, Viehhändler und Kommissionäre und dergleichen, so ist doch die Verdienstspanne so bemessen, daß sie noch immer reichlich hoch ist. Es hilft eben alles nichts, wenn die Fleischermeister, wie sie es bereits getan haben, in das Geschrei um den Lohnabbau einstimmen, sich dann die Feststellung gefallen lassen müssen, daß ihre Verdienste immer noch reichlich sind. Das beweisen weiterhin die vielen Betriebe, die nur ein viertel Rind und ein halbes Schwein und oftmals gar kein Kalb pro Woche verarbeiten, wo sich der Fleischermeister entschieden besser stellt als ein Geselle mit seinem „hohen“ Lohn. Wir wollen nicht besonders davon reden, daß es auch einen beträchtlichen Teil Fleischermeister gibt, die ein- und mehrfache Hausbesitzer sind. Daran sei nur die Frage geknüpft, woher dieses Hausbesitzdasein stammt? Es erfordert Kapital und dieses wiederum entsteht aus dem Verdienst.

Die Schaumweinindustrie

Abseits vom allgemeinen öffentlichen Interesse liegt die Schaumweinindustrie. Ihr Produktionswert ist im Verhältnis zur deutschen Gesamtindustrie sehr gering. Sie zieht sich örtlich auf ein sehr enges Gebiet zusammen. Die Betriebe bestehen in der Mehrzahl in der Form von Aktiengesellschaften, jedoch befinden sich die Aktien fast ausschließlich im Familienbesitz und nur vereinzelt sind Aktien an den Börsen eingeführt. Eine sehr große Kapitalkraft ist erforderlich infolge des außerordentlich langsamen Kapitalumschlages. Ob daraus abgeleitet werden kann, daß eine stärkere Verankerung im Familienbesitz eine höhere Wirtschaftlichkeit des Betriebes dokumentiert, das ist sehr fraglich.

Wenn auch diese Industrie den Anschein aufweist, als ob sie mit verhältnismäßig geringen Kosten beim Erzeugungsprozeß zu rechnen hat, so kommt aber dazu, daß sie sehr große Lagerräume benötigt. Die Flaschengärung des Jungweines dauert bei den durchschnittlichen Qualitätswaren über 2 Jahre und zieht sich in den Spitzenleistungen bis zu 5 Jahren hin. Billige Konsumware kann allerdings innerhalb Jahresfrist erzeugt werden. Bei dem starken Einfluß, den die Dauer des Gärprozesses für die Kostengestaltung besitzt, gewinnt selbstverständlich der Gedanke, durch mechanische oder chemische Hilfsmittel den Gärprozeß zu beschleunigen, Antriebskraft. Größere Fortschritte sind jedoch auf diesem Gebiete nicht zu verzeichnen, so daß im wesentlichen heute noch dieselben Verfahren angewendet werden wie Ende des 17. Jahrhunderts. Verbesserungen sind auf dem technischen Gebiete sowie in den Transportfragen erfolgt.

Der Umfang der deutschen Schaumweinerzeugung ergibt ein zuverlässiges Bild an der Hand der Steuereinkommen. Nach der Erhebung für die Rechnungsjahre 1927/28 betrug die Erzeugung 15 Millionen Flaschen und nach den monatlichen Ausweisen der Reichseinnahmen ergab das Rechnungsjahr 1928/29 eine Einnahme von etwa 15 Millionen Mark bei einem Steuerfuß von 1 Mk. je Flasche. Das folgende Jahr 1928/29 weist bereits einen Rückgang des Absatzes um 8 Proz. auf. Ein Vergleich mit den Vorkriegsjahren ergibt, daß der Inlandsabsatz sich ungefähr wieder auf der Höhe der Jahre 1905 bis 1913 hält. Einen bedeutenden Rückgang weist jedoch der Export auf, der in den letzten Vorkriegsjahren etwa 1,5 Millionen Flaschen betrug und in den letzten beiden Jahren nur etwa 280 000 Flaschen verzeichnet.

Von den großen Firmen seien erwähnt Henckell, Wiesbaden; Deinhard, Coblenz; Cantor, Mainz; Gräger, Hochheim; Kloss u. Foerster, Freiburg an der Aargau und Kehler, Eßlingen a. N., die sich ausschließlich im Familienbesitz befinden. Der Charakter als Familiengesellschaft bedingt vollständig andere Bewertungsgrundsätze als für diejenigen Gesellschaften, die sich Mittel am offenen Markt beschaffen. Unter den fremden Kapitalien sind langfristige kaum zu erhalten. Bei den namhaften Firmen sind auch solche vorhanden, die gezwungen wurden, Konkursanträge zu stellen, so die Firmen Uster Entemeier A.-G. in Mainz und Waldeck u. Co., Eltville. Andere Firmen, wie die Sektellerei Ewald A.-G. sowie die Schulz-Grünrad A.-G. konnten durch Anlehnung an den Asbach-Konzern ihre Lage verbessern.

Die bestehenden Aktiengesellschaften weisen mit wenigen Ausnahmen Reingewinne auf. Mit einem Verlust im Jahre 1927/28 rechneten nur 4 Firmen. Bezüglich der Dividendenverteilung steht J. Oppermann mit 15 Proz. an höchster Stelle. Der Reingewinn 1928/29 schwankt zwischen 13 und 2 Proz. in 10 Gesellschaften, während 5 Gesellschaften ohne Reingewinn bzw. Verlust abschlossen.

Die Schaumweinindustrie unterliegt infolge ihres Charakters viel mehr den allgemeinen wirtschaftlichen Schwankungen. Die gutsituierten Kreise werden von und bleiben immer Stammkonsumenten dieser Industrie. Der Umsatzzugang ist in der Hauptsache Schichten als Warenbezieher der Schaumweinindustrie auscheiden.

Fachverein der Bäckermeistersöhne

Die Organisation der Bäckermeistersöhne scheint nicht die Macht aufweisen zu können, die notwendig wäre, um auch nach außen zur Geltung zu kommen. Seit längerer Zeit bemühen sich die Führer des Fachvereins, ihren Werbekreis zu erweitern und Gehilfen und Lehrlinge in die Fachvereine einzubeziehen. Mit welchen Mitteln hierbei gearbeitet wird, konnten wir kürzlich in einem Bericht aus Klostod feststellen.

Wie nicht anders zu erwarten ist, wird den Fachvereinen von den Innungen weitest gehende Unterstützung gewährt. Die Versammlungen werden von den Innungen einberufen, Gehilfen und Lehrlinge durch die Innungen eingeladen und die Obermeister übernehmen die Leitung solcher Veranstaltungen. Auf die Gehilfen und Lehrlinge wird mit allen Mitteln eingewirkt, um sie mit Hilfe des sanften Drucks der Innungen in die Fachvereine hineinzubekommen. Es wird ihnen erzählt, daß es sich die Bäckermeistersöhne besonders angelegen sein lassen, die berufliche Ausbildung zu fördern, ihnen in fachtechnischen Kursen auch die Handgriffe der Konditorei beizubringen, um ihnen dadurch die Möglichkeit zu verschaffen, daß sie den Beruf erhalten bleiben. Geflissentlich wird aber vermieden, die tatsächlichen Verhältnisse im Bäckergewerbe zu schildern. Würde das der Fall sein, dann könnte die Kollegenschaft erfahren, daß es unmöglich ist, im erlernten Beruf zu verbleiben. Die große Lehrlingszuchterei, die zu einer riesigen Ueberfüllung der Gehilfenschaft führt, sorgt schon dafür, daß in den besten Mannesjahren die Kollegen von ihrem erlernten Beruf abgehen müssen.

Der Fachverein der Bäckermeistersöhne bezweckt nichts anderes, als Gehilfen und Lehrlinge einzufüllen, um sie von dem Eintritt in ihre wirtschaftliche Interessenvertretung abzuhalten. Die Bäckermeistersöhne selbst sind reaktionär eingestellt. Der weitaus größte Teil ist in den Reihen der Nationalsozialisten und die übrigen plätschern in der schwammigen Wirtschaftspartei herum. So wie sie geistig eingeteilt sind, sollen auch die Bäckergehilfen und Lehrlinge erzogen werden zu Gegnern ihrer Gewerkschaft, zu einer Schutzgarde für die Sicherung des Unternehmergeldsacks.

Unsere Kollegen sind daher verpflichtet, dieser Bewegung die größte Beachtung zu schenken und überall dort, wo sich die Bäckermeistersöhne bemerkbar machen, sind diese in der Deffentlichkeit anzuprangern. Unter keinen Umständen darf gebudelt werden, daß mit Hilfe der Bäckermeistersöhne Streikbrechergarden zum Schutze der Unternehmerausbeutung errichtet werden.

Nazi als Unternehmerlakai

Bei den letzten Reichstagswahlen ist auch ein Konditorgehilfe als Naziabgeordneter gewählt worden. Als „Wolfsvertreter“ muß er nun die parlamentarische Arbeit aufnehmen. Nach dem Bericht der „Berliner Konditorenzeitung“ erschien anlässlich der Berliner Konditorenmesse dieser Nazijüngling Schulze, Stettin, beim Obermeister der Berliner Konditoren-Innung mit dem höflichen Anerbieten, bei vorkommenden Anlässen in fachlichen Fragen seiner vollen Unterstützung sicher zu sein. Der Obermeister soll seinen verbindlichsten Dank ausgesprochen haben, mit dem stillen Wunsch im Herzen, daß nun bald dem Sonntagsarbeitsverbot in den Konditoreien durch aktive Mithilfe der Naziabgeordneten der Todesstoß verleiht wird. Unsere Kollegen werden durch diesen „Wolfsvertreter“ noch manche Enttäuschungen erleben.

Inkonsequente Landwirtschaft

Die Subventionspolitik der Regierung zugunsten der Landwirtschaft wird nunmehr auch den in engerer Fühlung mit der Landwirtschaft stehenden Kleinwürlern zu bunt. In Heft 45 der „Mühle“ werden unter obenstehendem Titel der Landwirtschaft einige Wahrheiten erzählt, die ihr nicht sehr angenehm sein werden, aber erkennen lassen, wie unsinnig sich die Regierungshilfe auswirkt. Die Müller werden in diesem Artikel aufgefordert, von den Bauern zu verlangen, daß diese bei Getreideverkäufen 20 Proz. des Wertes an Mele und Futtermehl in Zahlung nehmen. Der Bauer lehnt es nämlich ab, die Restprodukte seines Erzeugnisses zu verfüttern, er greift viel lieber auf die aus dem Ausland eingeführten Kraftfuttermittel zurück. Die Folge davon ist, daß die Mühlen bis obenhin voll

sind von hochwertigen Futterstoffen und daß Roggen, der sehr gut als Mastfutter verwendet werden kann, trotz seiner Billigkeit zugrunde geht. Die Landwirtschaft verläßt sich darauf, den Staat für sich sorgen zu lassen. Jeder Gewerbezweig muß aber aus eigener Kraft hochkommen, so auch die Landwirtschaft. Das deutsche Volk hat sich nach dem Krieg umstellen und den neuen Zeitverhältnissen anpassen müssen, nur die Landwirtschaft hat geögert und viele kostbare Zeit ungenutzt gelassen. Subventionen können über die erste Not hinweghelfen, auf die Dauer müssen sie den Willen, aus eigener Kraft zu gesunden, erlahmen lassen. Wenn der Bauer das aus seinen eigenen Erzeugnissen hergestellte Mehl nicht abnimmt, kann er dann verlangen, daß es andere Staatsbürger tun? In jedem Geschäft ist es üblich, daß bei schlechtem Absatz der Ursache auf den Grund gegangen wird, um Abhilfe zu schaffen; geht das Geschäft der Landwirte schlecht, dann wird versucht, durch gesetzliche Maßnahmen die Kunden zur Abnahme zu zwingen. Diesen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Worten braucht nichts hinzugefügt werden.

Gesicht der Wirtschaftskrise

Nach den Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung ist im ersten Halbjahr 1930 ein Ausfall an Arbeitnehmerereinkommen in Höhe von 1850 Millionen Mark festzustellen. Dieser Ausfall wird für das ganze Jahr 1930 4 Milliarden Mark betragen! Wenn berücksichtigt wird, daß das gesamte Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland für 1929 mit rund 46 Milliarden Mark geschätzt wurde, dann sind das 4 Proz. Ausfall am gesamten Einkommen der arbeitenden Bevölkerung. Hier offenbart sich die furchtbare Lage, in der wir uns befinden.

Besuche regelmäßig die Versammlungen

Am 15. November ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Eine logische Folge davon ist, daß auch die Kleinhandelsumsätze entsprechend zurückgehen. Auch hier stellt das Konjunkturforschungsinstitut fest, daß bei den Nahrungs- und Genussmitteln ein Rückgang für die ersten acht Monate des Jahres 1930 von 6,3 Proz., für Bekleidung 5,7 Proz., für Hausrat und Möbel 8,7 Proz. und für Kultur- und Luxusbedarf 3,5 Proz. festzustellen ist. Allein im Monat August zeigten die Nahrungs- und Genussmittel einen Rückgang von 11 Proz., Hausrat und Möbel einen solchen von 19,6 Proz.!

Unbegreiflich ist angesichts dieser Feststellungen die Forderung der Kleinhandelszweige, einschließlich des Handwerks der Nahrungs- und Genussmittelbranche auf Lohnabbau. Diese Kreise finden sich in unserer Wirtschaft nicht mehr zurecht; sonst könnten sie nicht Forderungen stellen, mit denen sie indirekt sich selbst schädigen. Würden aber diese Kreise den notwendigen Befennermut aufbringen, dann könnten auch die Scharfmacher außerhalb ihrer Reihen zum Schweigen gebracht werden. Daß in den Kreisen des Handwerks die Arbeitnehmer in erster Linie die Benachteiligten sind, beweist der Bericht der Handwerkskammer Dortmund, wonach in Hagen in Westfalen im gesamten Handwerk bei 2700 Betrieben im Jahre 1926 noch etwa 6000 Gesellen beschäftigt wurden, während zur Zeit kaum noch 700 Gesellen Arbeit haben!

Die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie in Düsseldorf

Mit neun Betrieben und 1300 Beschäftigten, wovon 830 unserer Organisation angehören, nimmt die Mühlenindustrie am Orte die bedeutendste Stelle ein. Täglich werden 2000 Tonnen Getreide zu den verschiedensten Fertigwaren verarbeitet. Nur durch vollständige Automatisierung des Produktionsprozesses ist es möglich, mit der im Vergleich zur Leistung geringen Zahl von Beschäftigten auszukommen. Die Beschäftigung in der Mühlenindustrie war in den letzten Jahren durchweg gut. Am beständigsten arbeiteten die Mehlmühlen, die bis zum Erlaß des Verzehrszwanges fast keinerlei Beschäftigungsmangel zeigten. Die Futtermühlen dagegen sind jährlich Konjunkturschwankungen unterworfen, weil der Bedarf an Futtermitteln sich nach Ernte, Preis des Getreides und der Jahreszeit richtet.

Das Organisationsverhältnis ist nicht in allen Betrieben gleich. Wo Belegschaft, Betriebsrat und Organisation im gegenseitigen Vertrauen versuchen, ihre Lage zu bessern, ist auch das Organisationsverhältnis ein vorzügliches. Dort, wo es die Belegschaft durch Aneignung nicht fertig brachte, die gegenwärtigen Organisationsverhältnisse aus den Betrieben fernzuhalten, hat unsere Organisation stark geübt. Beständig ist es, daß gerade die einflussreichsten Mehl-

mühlen am Orte es sind, die in der Organisation am schlechtesten dastehen.

Das Jahr 1930 war für die Mühlenindustrie ein Schicksalsjahr. Im vergangenen Winter wurde eine große Mühle in Neuß stillgelegt und die Produktion nach Reisholz und Köln vergeben. Ueber 200 Beschäftigte wurden erwerbslos. 170 Mitglieder mußten unterstützt werden. Dann kam das Gesetz über den Verzehrszwang von Inlandsweizen, verbunden mit den Protestaktionen der rheinischen Großmühlen. Wochenlange Kurzarbeit und erhebliche Entlassungen verringerten die Zahl der Beschäftigten und unsere Mitglieder. Zum Beginn des Herbstes scheint sich die Lage der Mühlenindustrie langsam zu bessern. Jetzt kriselt es bei den Futtermühlen. Eine Futtermühle mit 60 Beschäftigten wird zwecks Umbau stillgelegt. Fast alle anderen Betriebe arbeiten kurz.

Nicht weniger bedeutend ist die Brauindustrie. Neben einer Anzahl kleinerer Brauereien, die hauptsächlich für den Bedarf ihrer eigenen Wirtschaften brauen, beschäftigen fünf Großbrauereien durchschnittlich 500 bis 600 Arbeitnehmer, wovon 406 unserem Verbands angehören. Die Beschäftigung war Jahre hindurch stabil und regelmäßig wiesen die Geschäftsberichte der Brauereien erhebliche Gewinne auf und fast ebenso regelmäßig folgten Lohn- und Tarifbewegungen. In diesem Jahr ist es anders geworden. Durch die Erhöhung der Biersteuer, durch die schlechte Arbeitsmarktlage und mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung ist der Bierumsatz erheblich zurückgegangen, wodurch Kurzarbeit eintrat. Auch Entlassungen erfolgten, die teils rücksichtslos, ohne Notwendigkeit, nur mit dem Ziel, die Lohnkonten zu senken, vorgenommen wurden. Besonders hervorgeraten hat sich hierbei die „Schwaben-Brauerei“, die trotz bedeutender Gewinne 12 Arbeitnehmer entließ. Es ist kaum damit zu rechnen, nachdem auch die Gemeindebiersteuer beschlossen, daß Umsatz und Beschäftigungsmöglichkeit im Winter besser werden.

Wider Erwarten schlecht ist auch der Beschäftigungsgrad in der Süß- und Teigwarenindustrie. Stets erfolgten im Herbst große Einstellungen infolge der vermehrten Aufträge für das Weihnachtsfest. Jedoch in diesem Herbst vollzieht sich die Einstellung der im Frühjahr Entlassenen äußerst langsam. Noch im Herbst des vorigen Jahres waren in fünf Großbetrieben über 1000 Beschäftigte, während in diesem Jahre die Zahl kaum über 500 steigt. Auch hier ist eine wesentliche Besserung kaum zu erwarten. Auch die Brotfabriken zeigen ganz ungewöhnliche Krisenerscheinungen, die hervorgerufen durch das Brotgesetz und die damit verbundene Neukalkulation, eine lähmende Wirkung ausüben. Das Organisationsverhältnis ist aber trotzdem gut.

Erfreulich ist, daß wenigstens in der Fleisch- und Wurstwarenindustrie vermehrter Umsatz eintrat. Hier konnte die im Sommer eingeführte Kurzarbeit beseitigt werden und Neueinstellungen erfolgen. Leider stehen im Fleischnahrungsgewerbe noch viele Kollegen unserer Organisation fern, trotzdem auch die anderen Organisationen keinen nennenswerten Zufluß haben.

Von den handwerksmäßigen Betrieben kann gesagt werden, daß die allgemeinen Klagen der Bäcker- und Fleischermeister nicht ernst zu nehmen sind, denn ihr Auftreten bei Festlichkeiten, Innungsveranstaltungen usw. zeugen von Wohlstand. Um so schlechter ist aber die Lage der Gehilfen und Lehrlinge. Die Erwerbslosenziffern spotten jeder Beschreibung. Die größte Ursache ist die stets von uns bekämpfte Lehrlingszuchterei. Schwer ist es, in diesen Betrieben Wandel zu schaffen, weil Gehilfen und Lehrlinge gewöhnlich erst dann den Weg zu uns finden, wenn es zu spät ist.

Keiner weiß, ob nicht plötzlich und unerwartet die Arbeitslosigkeit droht. Darum sollte ein jeder vorbeugen und sich frühzeitig die vorzüglichsten Unterstützungsanstalten unserer Organisation sichern.

Lohnabbau, Einkommen und Vermögen

Die Reichsregierung scheint der heute von einer gewissen Schicht des deutschen Volkes suggerierten Phrasologie, die das Allheilsmittel zur Hebung der gegenwärtig bestehenden großen Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in einem allgemeinen Lohnabbau sieht, ganz und gar verfallen zu sein. Der vom Reichsarbeitsminister, bekanntlich ein Zentrumsmann, bestellte Schlichter Dr. Völker hat im Berliner Metallkonflikt einen Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau um 8 und 6 Proz. vorsieht. Dieser Schiedsspruch ist der Beginn einer großen Lohnabbauoffensive durch das frech gewordene Unternehmertum. Der Dornhaufener Schiedsspruch für die Hüttenindustrie war das Borgeplänkel, das Hauptgefecht soll jetzt in Berlin geschlagen werden. Das Kabinett Brüning, das zweifellos dem Berliner Schlichter Anweisung auf Lohnabbau gegeben hat, wird sich aber sehr täuschen, wenn es glaubt, durch einen allgemeinen Lohnabbau erreichen zu können.

Nachdem die Reichsregierung den Beamten das Gehalt um 6 Proz. gekürzt hat, hat der Reichsfinanzminister in einem Erlaß angeordnet, daß auch den

Reichsbehördenangestellten die Gehälter um 6 Proz. gekürzt werden. Davon werden ungefähr 300 000 Angestellte betroffen. Also Lohn- und Gehaltsabbau auf der ganzen Linie! Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben jetzt einen schweren Kampf zu bestehen, und in diesem Kampf steht die Reichsregierung auf der Seite der Unternehmer, einer kleinen Schicht des deutschen Volkes. Ob nun endlich der Masse die Augen aufgehen werden? Die maßgebenden Kreise bei uns müssen sich klar darüber sein, daß nur durch Arbeitsbeschaffung und eine radikale Kürzung der Arbeitszeit, sowie einer durchgreifenden, merklichen Preislenkung die jetzige Wirtschaft- und Arbeitslosenkrise stark gemildert werden kann. Aus dieser Erkenntnis heraus wird auch die Arbeiterschaft unterschiedenen Kampfs führen gegen die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer, die in einseitiger Weise durch die Regierung Brüning noch unterstützt werden.

Wie steht es nun aber mit einer Senkung der Rieseneinkommen der Generaldirektoren der Truste und Konzerne? Hier wird keine Forderung erhoben, diese Mammutgehälter abzubauen. Da ist es ganz interessant, wenn einmal der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt wird, was F. Fried im Septemberheft der Zeitschrift „Die Tat“ über die Frage „Besitz und Nichtbesitz“, Ergebnisse eingehender Untersuchungen der Einkommens- und Vermögensschichtung bei uns in Deutschland, geschrieben hat. Gerade die Ergebnisse dieser Untersuchungen von Fried sollen jedem Arbeiter zeigen, wohin er gehört, nämlich zu den Gewerkschaften als wirtschaftliche und zur Sozialdemokratischen Partei als politische Interessenvertretung. Tatsache ist es, siehe Reichstagswahl 1930, daß es den besitzenden Schichten gelungen ist, einen gewissen Teil der nichtbesitzenden Schichten auf ihrer Seite zu halten, sonst hätte die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland, die faschistische Pest, nicht diese Stärkung erfahren können.

Fried geht zu Anfang seiner Ausführungen von den Vorgängen in der Berliner Metallindustrie aus, wo bekanntlich Angestellte entlassen wurden und ein Vorstandsmittglied der Siemens-Schuckert-Werke sich bereit erklärte, auf 10 Proz. seiner Bezüge verzichten zu wollen, wenn dafür die Kündigungen in seiner Abteilung zurückgenommen werden. Fried berechnet, daß bei 25 Direktoren, die im Siemens-Konzern tätig sind, im Jahre ungefähr 12 1/2 Millionen Mark verdienen, während die 10 000 Angestellten dieses Konzerns etwas über 200 Mt. monatlich beziehen, also im Jahre etwa 25 Millionen Mark Gesamteinkommen haben.

Ueber die Schichtung der Einkommen sagt Fried, daß von 32 1/2 Millionen Erwerbstätigen 29 1/2 Millionen, also 90 Proz., weniger als 2400 Mt. jährlich, oder monatlich 207 Mt. verdienen. Hiervon verdienen 16 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte, weniger als 100 Mt. im Monat, also noch nicht einmal das amtlich errechnete Existenzminimum. 3 Millionen Menschen verdienen monatlich zwischen 200 und 500 Mark, 1/2 Million Menschen zwischen 500 und 1500 Mark monatlich, und ungefähr 77 000 Leute verdienen monatlich zwischen 1500 und 3000 Mt. 30 000 Leute haben ein monatliches Einkommen zwischen 12 000 und 13 000 Mt. 5000 Leute beziehen jährlich 200 000 Mt. Einkommen. Diese 5000 Menschen verdienen jährlich soviel wie 1 1/2 Millionen besitzlose Arme, ungefähr 100 Leute beziehen jährlich 400 000 Mark Einkommen, 340 über 500 000 Mt. Das sind die Einkommen der großen Direktoren, vielfachen Aufsichtsräte und Vorstandsmittglieder der Banken, Konzerne und Truste sowie Besitzenden, deren Einkommen nach Ansicht einer dünnen Schicht des deutschen Volkes nicht abgebaut werden darf, weil einzig und allein die deutsche Arbeiterschaft die Zehne bezahlen soll.

Noch schlimmer ist die Kluft zwischen arm und reich, Besitz und Nichtbesitz bei der Schichtung der Vermögen in unserem Vaterlande. 142 Millionäre besitzen ein Vermögen von 1 1/2 Milliarden Mark. Allein in Berlin befinden sich 16 Millionäre mit einem Gesamtvermögen von 150 Millionen Mark und 275 einfache bis fünffache Millionäre, die zusammen nicht ganz 1/2 Milliarde besitzen. Fried sagt mit Recht, daß die Steuerlasten nicht voll und deutlich die wirklichen Verhältnisse widerspiegeln, denn zum Beispiel das Vermögen von der Familie Krupp in Essen wird auf 200 Millionen Mark geschätzt, während Essen nach der amtlichen Statistik nur 3 Millionäre aufweist mit zusammen 67 Millionen Mark.

Folgendes Bild zeigt die Schichtung der Vermögen bei uns in Deutschland in recht anschaulicher Weise:

Menschen	Schicht	Vermögen	Einkommen
60 Millionen	Nichtbesitz	16 Milliarden	45 Milliarden
4	Mittelstand	35	17
100 000	Besitz	35	5 1/2

Fried sagt am Schlusse seiner Ausführungen, daß am Ergebnis seiner Untersuchungen nichts geändert



Die Unternehmerforderungen bringen die Wirtschaftspleite

werden kann, ob man so oder so rechnet, weil es die nackte Wirklichkeit ist, die jeder von uns täglich in den Büros, in den Werken und auf der Straße sieht und erlebt.

Angeichts der ungeheuren Einkommen und Vermögen einer kleinen Schicht des deutschen Volkes ist das Bestreben der Unternehmer und anderer maßgebender Kreise, die Löhne und Gehälter abzubauen, ein Verbrechen am deutschen Volke, das sich bitter in einer Art rächen muß. Ist schon der jetzige Lohn an sich so gering, daß man kaum seine notwendigen Bedürfnisse bestreiten kann, so ist ein Lohnabbau für die breiten Massen des Volkes überhaupt nicht tragbar. Die Arbeiterschaft wird auch allen Lohnabbaumaßnahmen mit geeigneten Mitteln zu begegnen wissen.

Den Lohnabbau dürftigen sei zugerufen: Senkt die Preise, das erhöht die Kaufkraft und stärkt den innerdeutschen Absatz, verkürzt die Arbeitszeit in den Betrieben, dadurch wiederum werden mehr Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, die Unterstükkumlasten werden geringer; erhöht die direkte Besteuerung der großen und größten Einkommen und Vermögen. Dieser Weg behebt sicher zu seinem Leid die jetzige Wirtschaftskrise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit. Der Arbeiterschaft aber ist zu sagen, wachsam zu sein und zu versuchen, die den großen Arbeiterorganisationen noch Fernstehenden in diese als Kämpfer hineinzubringen; denn eine starke, in seinen großen Organisationen gut disziplinierte Arbeiterschaft wird allen Angriffen einer Reaktion gewachsen sein. U. M.

Preisabbau = Gewinnabbau

Mit dem Geschrei des Preisabbaues hat es sein eigenes Bewenden. Kein Produzent und Unternehmer will den „anderen“ in seinen Topf schauen lassen, in dem sich sein Gewinn häuft. Wir sind heute schon so weit, daß der ganze Preisabbaurummel verjandet. Von diesen unangenehmen Dingen wird im Unternehmerlager schon gar nicht mehr gesprochen. Einig ist man sich aber darin, die Löhne des Arbeiters abzubauen. Langsam aber sicher dämmert es jetzt bei der Reichsregierung, daß ihre Aufforderung des Preisabbaues an die Wirtschaft wie eine Seifenblase zerplatzt. Endlich kommt man dahinter, daß von der Gütererzeugung viel mehr Kreise profitieren, als man ursprünglich dachte.

Mit einem Schreiben wendet sich die Reichsregierung an die Länder, erneut auf diese Gefahren zeigend. „Bis zum letzten Verbraucher“, heißt es, müsse sich die Preislenkung auswirken. Ja, „müsse sich“! Hier wird also amtlicherseits festgestellt, daß im Kreislauf der Gütererzeugung und des Betriebes auf soviel Verdienst spekuliert wird, daß am Ende für den Preisabbau nichts mehr übrig bleibt. Man will deshalb jetzt eine der wichtigsten Erzeugungsindustrien; die Kohlenhandelsgesellschaften, heran und sie zu einem Preisabbau bewegen. Der Appell der Reichsregierung an die Vernunft der Hersteller und Zwischenproduzenten ist angesichts der Not der Verbraucherkreise völlig ungenügend. Es ist hinlänglich bekannt, daß namentlich in den Notzeiten, die durch Krieg und Inflation hinter uns liegen, die Moral der Hersteller und ihrer Mittelsmänner vor die Hunde gegangen ist! Hier darf es nur einen Weg geben, und zwar daß der Staat selbst überall dort eingreift, wo der Preiswucher ganz offensichtlich und die überhöhte Preisspanne nicht gerechtfertigt ist. Hat sich der Arbeiter bei seiner Lohngestaltung einen staatlichen Eingriff mehr als einmal gefallen lassen müssen, der ihn beträchtlich benachteiligte, dann ist er hier nur gerecht.

Wird die Prohibition in USA gemildert?

Vor einiger Zeit wurde aus Amerika berichtet, daß die dortige Regierung es aufgegeben hat, die absolute Prohibition durchzuführen. Sie hat sich davon überzeugen lassen, daß es unmöglich ist, die Herstellung von alkoholischen Getränken im eigenen Heim zu unterbinden. Aus diesem Grunde wurden die im Hause für Privatbedarf hergestellten alkoholischen Getränke als nicht unter das Gesetz fallend erklärt. Damit ist nicht nur zugegeben, daß sich eine völlige Prohibition nicht durchführen läßt, sondern auch der erste

Die Bierschröter und Weinschröter des Leipziger Rats

Historische Studie von Arno Kapf.

Im Januar 1771 beschwerten sich die Bierschröter beim Leipziger Rats über die Weißküttel: sie seien vom Rats als Bierschröter angenommen und dahin angewiesen worden, alles Bier, „so in Kufen, Fässen, Vierteln und Tonnen“ anhero gefahren werden wird, in denen Häusern und wohin sie verlangt werden, gegen das vorge schriebene Lohn einzuzuzoten“.

Die ebenfalls vom Rats verpflichteten Weinschröter dagegen seien nur zum Biereinschrotten aus dem Burgkeller, „nebst allen Wein-, Del- und dergleichen Fässern in andere Häuser einzuzuzoten angewiesen worden. Die Weinschröter aber hatten eigenmächtigerweise sich unterfangen, das Bier auch in die Amtskeller und in die Kollegien der Universität einzuzuzoten, wodurch sie den Bierschröttern ihren Verdienst entzogen.

Die Bierschröter klagten beweglich über schlechte Zeiten. Der Verdienst sei gering, denn es würde wenig Bier in Kufen und Fässern herein in die

Stadt gebracht, da sich die meisten Leute „Dorff Biere“ einlegten, das in kleineren Gefäßen als „1/2 und ganzen Tonnen“ in die Stadt gebracht und hier von der Schaffnern der Gasthöfe und den Knechten der Dorfbierwagen eingeschrotten würde. Außerdem wären sie noch verpflichtet, „das benötigte Zeug, als Wagen, Seile und was sonst dazu nötig, für ihr Geld anzuschaffen und in brauchbarem Zustand zu erhalten, wofür sie jährlich wenigstens 25 Reichsthaler bezahlen müßten“.

Den Weinschröttern dagegen lieferte das Handwerkszeug der Rats, auch erhielten sie „ein gewisses Lohn“ und verdienten außerdem noch beim Einschrotten der Del- und anderer Fässer.

Der Rats lud zur Beilegung der Streitigkeiten Bierschröter und Weißküttel auf den 12. Februar 1771 zu mündlicher Verhandlung auf die Ratsstube. Die Weißküttel führten zu ihrer Verteidigung an, daß sie ja als „Bierzieher“ in des Rats-Burgkeller bisher eine Nebeneinnahme gefunden hätten, die ihnen aber nicht mehr zukaufe, weil jedermann sein Bier in Tonnen vom Dorfe bezöge.

Der Rats berief sich zur Beilegung des Streites auf eine Verordnung vom Jahre 1641, in der es heißt: „Ersülich sollen die Weißküttel auf dem Burg-

keller, (den) Collegien und bey den Trinkstuben“) mit der Einlage des Bieres alleine zu schaffen haben, in gleichen und vor's andere sollen sie und nicht die Bier-Schröter das Bier, so aus dem Burgkeller an andere Orte geföhret wird, aus solchem Keller bis auf den Platz oder Gassen heraußerziehen und von dannen nicht die Weißküttel, sonder die Bierschröter es vollens anbehörige Orte zu führen befugt, die Bierschröter aber denen Weißkütteln vor ihre gehabte Mühe, daß sie es aus dem Burgkeller gezogen, von einer Kufe drittehalb (zweieinhalb) Groschen, vom Fasse zwanzig Pfennige und von jedem Viertel zehen Pfennig zum Ausziehen Geld zu geben schuldig seyn.“

„Es sollen aber auch die Bierschröter allein und nicht die Weißküttel mit dem Rastrum“) und Zeddelbieren zu thun haben, und solche ohne der Weißküttel

*) Es gab in der Stadt Leipzig im 17. Jahrhundert eine „gemeine“ Trinkstube, in welcher alle Leute verkehren konnten. Sie war im Burgkeller selbst untergebracht. Außerdem hatte der Rats im ersten Stock des Waagegebäudes für die vornehmen Bürger, Ratsherren, Doktoren, Edel- und Kaufleute eine „Herren“-Trinkstube eingerichtet. Bis zum Jahre 1621 waren auch die Zünfte an die gemeine Trinkstube gebunden. Erst in diesem Jahre baute ihnen der Rats auf besonderes Verlangen die Bürger-, Junst- oder Brüderstube über den Fleischbänken, nördlich an den Burgkeller anstoßend.

*) Rastrum, Scherzname für ein zu Leipzig gebräutes dünnes Bier.

*) 1 Kufe = 2 Faß = 4 Viertel = 10 Schock = 600 Kannen. 1 Kanne = 1 Liter.

*) Der Rats hatte unter dem Burgkeller große Kellereien, aus denen das Bier gezogen wurde.

Schritt getan, um dem überhandnehmenden heimlichen Schnapagenuß, der die Volksgesundheit so außerordentlich schädigt, entgegenzuwirken. Wie der Alkoholgenuß trotz des gesetzlichen Verbotes überhandgenommen hat, darüber unterrichtet die Vereinbarung gegen die Prohibitionsgehegung in einem der Öffentlichkeit vorgelegten Bericht, der die Ausgaben der amerikanischen Nation für Alkohol im Jahre 1929 auf nicht weniger als 2848 Millionen Dollar beziffert. Der Bericht, der unter dem passenden Namen „Macht sich Prohibition bezahlt?“ erscheint, errechnet die jährlich verbrauchten Alkoholmengen auf 790 Millionen Gallonen Bier, 110 Millionen Gallonen hochgradige alkoholische Getränke. Damit ist der Alkoholverbrauch Amerikas in den Jahren vor der Prohibition weit überschritten.

Die auf den Plan gerufenen Prohibitionsbehörden haben auf die gegnerische Ziffernkampagne mit einer Erklärung geantwortet, die ungewollt eine vernichtende Beurteilung des amerikanischen Prohibitionschwinds bedeutet. So erklärt z. B. der Leiter des Prohibitionsamtes, Direktor Woodcock, daß die Vereinigten Staaten nach amtlichen Berechnungen 576 820 718 Gallonen alkoholischer Getränke im letzten Rechnungsjahre konsumierten. Diese amtliche Ziffer bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen jährlichen Alkoholverbrauch von sieben Gallonen pro Kopf der amerikanischen Bevölkerung, Frauen und Kinder aller Altersstufen eingeschlossen. Wie unter diesen Umständen von einer erfolgreichen Durchführung des Alkoholverbotes und von Fortschritten der Prohibitionsache gesprochen werden kann, bleibt Geheimnis der amerikanischen Bundesbehörden.

Das Genossenschaftswesen

Eine große Bedeutung gewinnt das Genossenschaftswesen in Deutschland als Ausklang wirtschaftlicher Interessenvertretungen. Am 1. Oktober dieses Jahres wurden in Deutschland 52 881 Genossenschaften gezählt, die sich über alle möglichen Gebiete erstrecken.

So gibt es Kreditgenossenschaften, die ausschließlich gewerblichen Charakter haben, neben den landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen. Die Wohnungsnot ließ die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaften entstehen, bei denen bekanntlich die zinslose Darlehensgewährung eine erhebliche Rolle spielt. Recht zahlreich sind Handwerker-Genossenschaften der Bäcker, Fleischer, Bauhandwerker, Glaser, Schneider, Schlosser und andere, ein Ausdruck dafür, daß namentlich der Zug zum genossenschaftlichen Zusammenschluß im Handwerk sehr stark ist. Wie weit diese handwerklichen Zusammenschlußbestrebungen gehen, erhellt die Tatsache, daß die Tischlerinnung Ballenstedt a. Harz ein eigenes Beerdigungsinstitut „Pietät“ der vereinigten Tischlermeister gegründet hat. Sehr stark sind auch die Händler- und Einkaufsgenossenschaften vertreten, deren sich die Kolonialwaren-, Zigarren- und Milchhändler bedienen. Dann gibt es Gastwirts-, Brennerei-, Brauerei- und Konsumgenossenschaften; die Vormachtstellung der letzteren ist hinlänglich bekannt. In den landwirtschaftlichen Genossenschaften befinden sich wieder die einzelnen Untergruppen, wie Molkerei-, Eier- und Geflügelverwertungsgenossenschaften und die der Obstverwertung nicht zu vergessen. Es macht sich neuerdings auch die Gründung von Winzergenossenschaften sehr stark bemerkbar. Die Liste der Genossenschaften ist mit diesen Feststellungen keineswegs abgeschlossen; denn auch kommunale Institute haben sich auf genossenschaftlicher Grundlage zusammengeschlossen.

Verhinderung und Eingriff ausziehen und in deren Leute Häuser einlegen, selbe aber mit der Einlage und Zieherlohn nicht übertheuern.“

Die Verdienstmöglichkeiten sowohl der Bier- als auch der Weinschröter wurden geringer, weil der Rat im Laufe der Jahre immer mehr Braugerechtigkeiten an die Bürger verkaufte, so daß der Rat in einer Sitzung, die am 15. Januar des Jahres 1772 stattfand, sogar die Frage aufwarf:

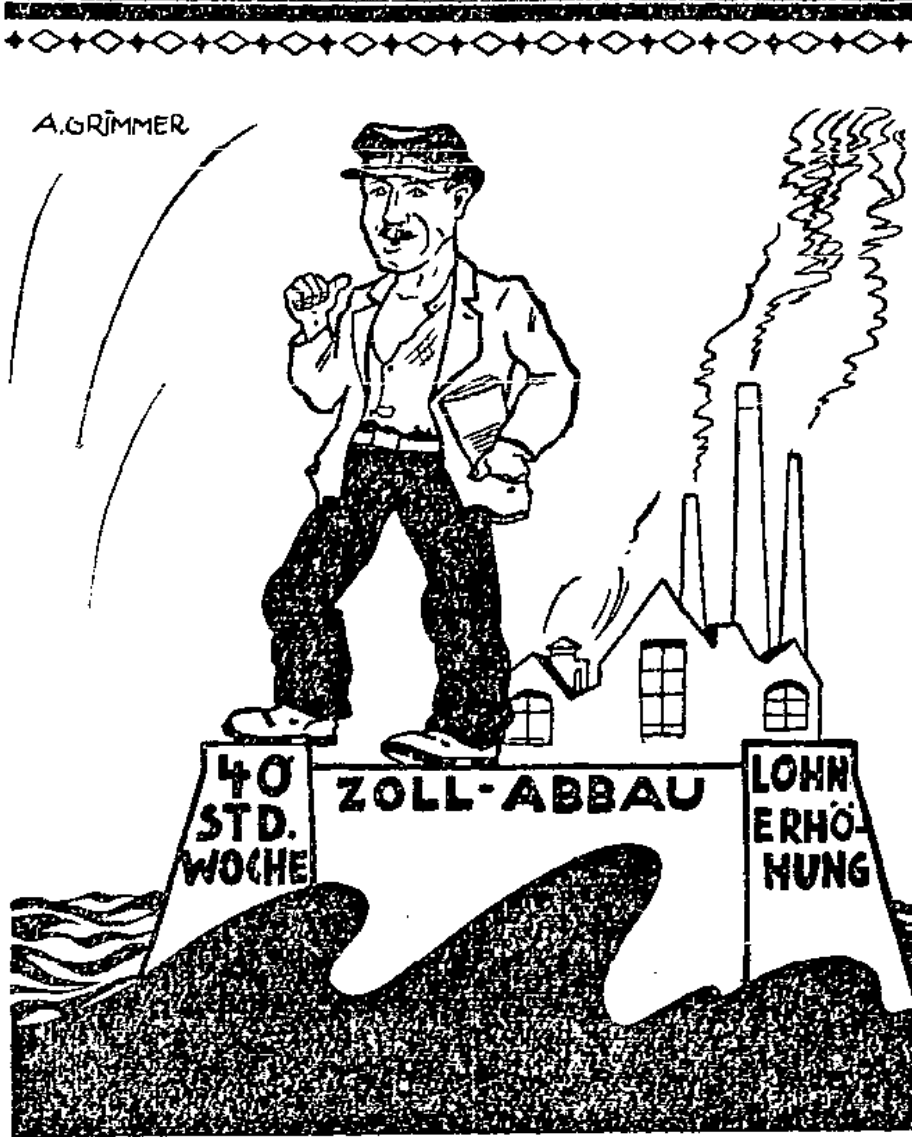
„Ob nicht, da sowohl die Bier- als die Weinschröter über die Unzulänglichkeit ihres Verdienst klageten, vielleicht ehemals das Bier- und Weinschrotten von eignerley Personen verrichtet worden sein möchte? und vielleicht dieser Dienst wieder auf den alten Fuß gesetzt werden könnte. (Wie es in vergangenen Jahrhunderten üblich gewesen!)“

Der Rat verpflichtete im Jahre 1772 unter anderem den Bierchröter Johann Christoph Rolle. Diese Verpflichtung lautete:

1. „Er soll seinen Dienst getreulich versehen und tun dem Armen als dem Reichen.“
2. Kein fremdes Bier ohne des Rats Erlaubnis abladen und in die Häuser und Keller einlegen, und da ein ander solches thun wollte, auf dem Burgkeller anmelden.
3. Alle Tage soll er schuldig sein, abends auf dem Keller anzuzeigen, wo des Tages über ist Bier eingelegt worden.

Das Verlassen des Kassenbezirks

Die Krankenordnungen, zu deren Erlaß sämtliche Krankenkassen verpflichtet sind, erhalten fast alle Bestimmungen dergestalt, daß die Kassen zur Einstellung der Kassenleistungen berechtigt sind, wenn ein erkrankter Versicherter ohne Erlaubnis der Kasse bzw. des Kassenvorstandes den Bezirk der Kasse verläßt. Diese Bestimmung, die, wie bereits erwähnt, bei sämtlichen Krankenkassen zu finden ist, wird von ihnen mehr oder weniger streng eingehalten. Es ist jedenfalls jedem Versicherten in seinem eigenen Interesse zu raten, im Erkrankungsfall den Bezirk der Kasse nicht ohne Erlaubnis derselben zu verlassen, da ihm sonst schwere Nachteile durch Sperrung der Kassenleistungen drohen. Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich in dieser Frage eine Entscheidung gefällt, die diese Rechtslage noch mehr zum Nachteil der Versicherten festlegt. Es heißt in dieser Entscheidung vom 27. Februar 1930: „Ein erkrankter Versicherter, der den Kassenbezirk ohne Genehmigung der Kasse verläßt, hat regelmäßig auch dann keinen Anspruch auf



Die Forderungen der Freigewerkschaften bringen wirtschaftlichen Aufstieg

Krankenpflege gegen seine Kasse, wenn außerhalb des Kassenbezirks zur fortbestehenden Krankheit weitere, mit ihr ursächlich nicht zusammenhängende Leiden hinzutreten, welche sofortige ärztliche Hilfe nötig machen und dem Versicherten die Möglichkeit nehmen, alsbald in den Kassenbezirk zurückzufahren.“ Es bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung dieser Entscheidung, da sie in ihrem Wortlaut leicht verständlich ist.

Der Rücken der Arbeiter ist der selbstlose grüne Tisch, auf dem die Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu dem die heutige Produktion geworden ist.

4. Er soll weder aus den Fässern, so hinunter geschrotten werden, noch aus denen, so im Keller bereits liegen, eigenmächtig trinken oder dergleichen fordern oder das Gefinde darzu anstrengen.
5. Diejenigen Bürger, welche Bier einlegen wollen und deshalb nach ihm und seinen Consorten schicken so viel (als) möglich befördern und ohne Not nicht aufhalten.
6. Das Bier, so aus dem Burgkeller gezogen vor allen andern wegzuschaffen sich bemühen, damit es Winterszeit vor dem Keller nicht gefrieret, noch Sommerszeit schaal und heiß werde.
7. Er hatte fleißig auf die Schrotleitern zu achten und sie bei Nichtgebrauch vor dem Keller anzuschließen, damit fremde Fuhrleute sich ihrer nicht bedienen konnten. Wurden Nachtwachen gebraucht, oder ihm anbefohlen, so durfte er sich dessen nicht weigern, auch hatte er sich mit seinem Lohne zu begnügen.“

Im gleichen Jahre stellte der Rat auch einen Weißfittler, den David Christoph Hirschberger zugleich als Ablader und Bierzieher des Burgkellers bis auf Widerruf an. Diese beiden Verpflichtungen hatte der Rat doch wohl nur deshalb vorgenommen, um eine genaue Begrenzung der Arbeitsgebiete dieser beiden sich befehrenden Organisationen vorzunehmen, und so finden wir anschließend auch die Instruktion für den Weißfittler. Sie lautete:

Mehl- und Brotpreise am 1. November

Die Entwicklung der deutschen Brotgetreidemärkte wurde auch im verfloßenen Monat durch die Regierungsmaßnahmen stark beeinflusst. Erwähnt seien die Erhöhung des Prozentsatzes des Vermahlungszwanges von deutschem Weizen, die weitere Erhöhung des Weizenzolles von 18,50 Mk. auf 25,— Mk. pro Doppelzentner, die unsinnigen Pläne auf einen Beimischungszwang von Roggen zum Weizenmehl in der Höhe bis zu 25 Prozent! Im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des Oktober gestaltete sich die Preisentwicklung an den Getreidemärkten wie folgt:

Oktober 1930	Usland (Manitoba V) (Western) p. 1 verzollt ab Hamburg Mt.		Inland Weizen Roggen ab märt. Stationen (Bm. Kollerg. p. 1) Mt.		Berliner Weizenmehl Roggenmehl per 100 kg Mt.	
	317,—	235,—	228,—	152,—	35,25	26,75
1.-10.	317,—	235,—	228,—	152,—	35,25	26,75
11.-20.	319,—	231,—	225,—	145,—	35,—	26,25
21.-31.	382,—	226,—	233,—	150,—	36,50	26,75

Die Preise für Roggenmehl haben sich im Durchschnitt gegenüber dem Vormonat nicht viel verändert. Nach unserer Statistik stellte sich der Preis für einen Doppelzentner Roggenmehl am 1. November auf 28,50 Mk. gegenüber 28,72 Mk. am 1. Oktober. Der Durchschnittspreis für ein Kilogramm Roggenbrot hat in dieser Zeit eine geringe Ermäßigung erfahren, und zwar von 40,6 Pf. auf 39,5 Pf.

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Weizenbrötchens
	1 dz Roggenmehl	1 kg Roggenbrot	1 dz Weizenmehl	ein Weizenbrötchen Semmel	
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	g
Königsberg i. Pr.	25,—	36	39,—	2,5	40
Breslau	25,75	32	35,75	5	80—90
Gleiwitz	27,40	36	48,20	5	65
Katowice	25,—	34	36,—	5	60
Berlin	29,75	39,8	39,—	3	32
Hamburg	31,—	38	40,50	2,5	30—35
Bremen	30,25	46	45,—	2,5	31
Magdeburg	26,50	34	43,50	5	55
Hannover	28,50	38	50,—	2,5	26
Leipzig	28,50	34	39,25	4	52
Halle a. d. S.	28,50	34	42,—	3	39
Erfurt	26,50	32,5	45,—	3	35
München	28,—	42	44,—	4	42
Nürnberg	28,75	42	42,75	4	40
Landshut	30,—	46	44,—	3	80
Büdingen	29,50	40	44,75	5	60
Mannheim	28,50	42	41,50	4	40
Freiburg	34,—	48	41,50	4	35
Frankfurt a. M.	25,90	43	42,65	4	40
Kassel	26,—	32,5	46,50	3	35
Düsseldorf	29,—	44	46,—	2,5	30—35
Köln	29,—	47	38,—	3	35
Nachen	29,—	45	40,—	3	32—34
Krefeld	28,—	43	41,—	3	35
Wuppertal	31,—	36	45,—	3	40—50
Essen-Ruhr	33,—	44	43,—	2,5	32
Bielefeld	28,—	40	44,—	2,5	32
Dresden	24,—	34	37,50	4	40
	Gld.	Gldpt.	Gld.	Gldpt.	
Danzig	18,50	35	30,—	4	45

1) Durchschnittspreis, 2) Milchbrot, 3) Milchmehl.

Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftswesen im Bäcker- und Konditorgewerbe, in der Süß-, Back-, Teigwaren- und Mühlenindustrie.

Das demnächst zum Versand kommende Novemberheft dieser Fachzeitschrift bringt folgende Abhandlungen:

1. „Der Weißfittler soll seinen Dienst getreulich versehen und tun dem Armen wie dem Reichen.“
2. Kein fremdes Bier ohne des Rats Erlaubnis abladen.
3. Er soll den Burgkeller in gute Acht nehmen und aufwarten, auch denselben mit dem Biereinlegen vor anderem befördern. Neben dem Biereinlegen konnten die Kitter auch das Biereinlegen, blieben jedoch lediglich auf den Burgkeller, die Collegien und die Trinkstuben des Rates beschränkt.
4. Die Weinschröter hatten den Wein dem Visierer, ehe er abgeladen wurde, anzuzeigen und anzuzahlen. Ohne Zeichen von des Rats Wage durfte er weder eingelegt noch abgezogen werden.
5. Auch sollten sie sich an dem gefekten Lohne begnügen und des verbotenen Trinkens aus den Fässern wie auch vor dem Hahne enthalten.
6. Kein Licht durfte aus dem Keller mitgenommen werden.
7. Auch sich an den Bierzeichen nicht vergreifen. (Das vom Visierer auf dem Fasse aufgeschriebene Maß nicht ändern.)
8. Auch sie hatten dem Rat sofort anzuzeigen, wer fremde Biere oder Weine innerhalb der Stadt einlegte.“



FRAUENRECHT



Weibliche Erwerbslose

Es ist nicht richtig, daß die weiblichen Erwerbstätigen weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen werden als die männlichen. Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist außerordentlich groß, ihre Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß geht nur langsam vorwärts. Nimmt man den 15. Mai als Stichtag, so betrug die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger im Jahre 1925 rund 29 000, 1927 140 000, 1929 rund 240 000 und 1930 sogar 319 000. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den einzelnen Jahren wirkte sich auch bei den weiblichen Erwerbstätigen in vollem Umfange aus.

Bemerkenswert sind auch folgende Zahlen. Von 370 000 weiblichen Erwerbslosen, die Arbeitslosenunterstützung bezogen, befanden sich im

Alter von	insgesamt	Proz.
14 bis 21 Jahren . . .	58 954	17,5
21 bis 45 Jahren . . .	231 870	68,6
45 bis 60 Jahren . . .	39 195	11,6
über 60 Jahren . . .	7 886	2,3

Von der Gesamtzahl arbeitsloser Frauen sind mehr als zwei Drittel im Alter von 21 bis 45 Jahren. Dagegen werden die Frauen über 45 Jahre weniger vom Produktionsprozeß erfaßt und deshalb auch weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Ähnlich steht es mit den Krisenunterstützten. Am 15. April 1930 wurden von der Krisenfürsorge nahezu 60 000 weibliche Arbeitslose unterstützt. Sie verteilen sich auf folgende Altersgruppen:

Alter von	insgesamt	Proz.
21 bis 45 Jahren . . .	47 221	81,9
45 bis 60 Jahren . . .	8 714	15,1
über 60 Jahren . . .	1 750	3,0

In der Krisenunterstützung machten die Altersgruppen von 21 bis 45 Jahren sogar vier Fünftel aller Unterstützten aus, darunter die 25- bis 30jährigen sogar 22,9 Prozent.

Das sind einige Zahlen aus den Berichten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die sich durch keine Verdrehungskünste hinwegdisputieren lassen. Aus ihnen spricht Not und Elend, der ganze Jammer der Arbeitslosigkeit. Der rückständige deutsche Spießbürger kennt nicht das Recht der Frau auf Arbeit, für ihn ist die Frage eine Angelegenheit, die sich mit der Verheiratung erledigen läßt. Daß auch zahlreiche verheiratete Frauen eine Erwerbsarbeit verrichten müssen, daß sie das ganze Leben lang arbeiten, oft für eine hohnsprechende Entlohnung, um den Kindern Brot und Kleidung zu geben, geht über den Horizont des deutschen Bürgers, das kann er nicht begreifen. Leider läßt sich auch die Feststellung machen, daß die Frauen oft auf Ablehnung bei ihren männlichen Arbeitskollegen stoßen. In der heutigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit wird natürlich der Kampf um den Arbeitsplatz besonders rücksichtslos geführt.

Mitte Juli waren auf den Arbeitsvermittlungstellen rund 570 000 weibliche Arbeitsuchende gemeldet. Ein großer Teil davon hat kaum noch Aussicht, wieder eine einigermaßen vernünftige Stelle zu bekommen. Für die jugendlichen weiblichen Erwerbslosen ist es noch leichter, schwerer aber für die älteren Mädchen oder Frauen. Sobald sie das 35. Lebensjahr überschritten haben, verläuft die Suche nach Arbeit fast immer ergebnislos. Es bleibt den älteren erwerbstätigen Frauen und Mädchen nichts weiter übrig, als zu irgendeiner Heimarbeit zu greifen, die schlecht bezahlt wird.

Es kann heute nicht darüber gestritten werden, ob es richtig ist, daß so viele Frauen in das Erwerbsleben eindringen. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Verhältnisse die Frauen dazu zwingen. Für die weiblichen Arbeiterkinder war die Notwendigkeit der Arbeit auch schon früher vorhanden. Heute aber kann sich auch der kleine Mittelstand ein paar arbeitslose Töchter im Hause nicht mehr leisten. Infolgedessen ist der Andrang von allen Seiten groß. Zudem kommt, daß bei den trüben wirtschaftlichen Aussichten die Männer nur geringe Reigung zum Heiraten verspüren. Man schrickt vor der Gründung eines eigenen Hausstandes zurück. Man kann sich kaum selbst ernähren, auch muß man jeden Tag damit rechnen, die Arbeit zu verlieren. Niemand aber möchte seine Familie dem Elend preisgeben. Alle diese Gründe tragen dazu bei, daß für die weiblichen Erwerbstätigen die Verhältnisse besonders ungünstig liegen.

Es ist für ein erwerbsloses Mädchen nicht leicht, monatelang von der Unterstützung zu leben. Fällt die Unterstützung schließlich ganz fort, kommen schlechte Zeiten. Der Lebensunterhalt kostet Geld, die Miete muß bezahlt werden, Einnahmen sind nicht vorhanden. Gewiß kann eine Frau durch Selbstbewirtschaftung billiger leben als ein alleinstehender Mann, der seine Bedürfnisse wachen lassen muß, selbst nicht kochen kann



I.

„Carolus — Carolus, hörst du denn nicht?“ Laut und beinahe hysterisch klang der Ruf durch den Backraum hinauf in die Gesellenstube. Frau Bäckermeister Hempel schaute dabei mißvergnügt zu den oberen Räumen empor. Hinter der Treppe, die nach oben führte, war nämlich vor kurzem erst Carolus verschwunden. Ihr Ruf lockte ihn aber nicht herbei, Carolus war von jeher gewöhnt, von der Meisterin bei den wichtigsten Anlässen gerufen zu werden. Deshalb ließ sie immer wieder ihre schrille Stimme ertönen.

„Geh doch mal runter, was sie will“, sagte Carolus zum Lehrling Johannes. „Die kreischt ja, als ob sie am Spieße steckte.“

Wie ein wildgewordenes Kaninchen raste Johannes die Treppe hinab; er wäre der „Mann“, wie er sagte, beinahe vor den Rabel gestochen, so schoß er in die Backstube hinein.

„Was los war', sollt' ich fragen.“ „Carolus soll gleich kommen, es ist jemand da, der ihn sprechen will.“

„Er wäscht sich gerade, er kommt jetzt nicht.“

„Sag' nur, es war' was Wichtiges, er soll sich sputen.“

Vier Stufen auf einmal nehmend, setzte Johannes wieder himmelwärts, oben seine Weisheit verkündend.

„Die soll mir jetzt mei' Ruh lassen“, schimpfte Carolus.

„Jemand wichtiges da — das kenn' ich.“

Er stand mit nacktem Oberkörper vor einer Schüssel voll Wasser und prustete wie ein Seehund, um sich von Mehlstaub und Schweiß zu befreien. Bald tropfte neben dem kleinen Vogelnapfchen mehr Wasser als im Becken. Nachdem er die obere Hälfte seines Adams gesäubert hatte, leistete er sich eine zweite Lage, um auch erdwärts seinem Reinlichkeitsbedürfnis Genüge zu tun, während der Stüt dabei stand, um mit einem zerrissenen Mehl sack den Boden von den Spuren der Plancherei zu befreien. Es wurde aber nur eine mehr an Kleister gemahnende weiße Schmiererei statt Sauberkeit, so daß endlich Carolus, der inzwischen in eine blaue Hose geklettert war, den weiteren Betrieb mit den Worten unterbrach:

„Hör' uf, wir sind doch hier keine Marmorwerkerei. Die Sophie soll das machen, du wäscht dich jetzt auch.“

Der Sack flog hinter eine Kiste. Während der Geselle seinen Anzug vervollkommnete, den Gipsverband umlegte und einen malerischen Knoten band, legte sich auch Johannes einige Handvoll Wasser durchs Gefäß. Erst auf dringendes Anraten von Carolus bequemte er sich, etwas tiefer zu gehen; er tat es nur widerwillig. Der Junge war viel zu müde, um dies Geschäft so gründlich zu besorgen, wie es vom Standpunkt einer hygienischen Körperpflege nötig gewesen wäre. Kaum waren die Hände aus dem Wasser, da schmiß er sich schon auf sein Flohmagazin, um nach fünfzehn Stunden schwerer Arbeit mit einigen Stunden Schlaf wieder Kraft für neue Herumtrotzerei zu gewinnen. Johannes träumte schon von hübschen Köchinnen, die ihm schimpfend seine Brötchen abnahmen, weil er immer zu spät kommt, als endlich Carolus die letzten Anstrengungen tat, um zu einem netten Menschen zu werden. Wer ihn jetzt sah, jeder Zentimeter schnieke wie ein frisch entstandener Gott, der hätte ihn nicht mehr für einen Bäckergehilfen gehalten, eher für einen Architekten, Ingenieur oder so etwas, nur nicht für Carolus Angermann, den Bäcker.

Nun erst setzte er seine Spracherholer in Bewegung, braunte sich unterwegs noch eine Fünfzehner an und stieg gemächlich die Treppe hinab.

Frau Bäckermeister Hempel indessen rannte aufgeregt in der Backstube umher. Sie ärgerte sich über Carolus, der sie so warten ließ. Wütend gab sie der Waage, die an der Seite stand, einen Tritt, und einige Gewichtsteine schleuderte sie ärgerlich bis an die Treppe.

Meisterin Hempel war eine sehr schöne Frau, obgleich sie schon dreimal genullt hatte. Stattlich in der Erscheinung, mit frischen Gesichtszügen und Augen wie Heidelbeerkompott, die so feucht schimmerten, daß jeder, der diese Augen sah,

ufm. Aber auch zum Selbstwirtschaften gehört Geld. Auf die Unterstützung der Angehörigen angewiesen zu sein, ist auch kein erhebendes Gefühl, zumal wenn man jedes Stück Brot vorgehalten bekommt.

am liebsten die Lippen daraufgedrückt hätte. Diese Seelen Spiegel hatten es in sich — sie waren ihre stärkste, ihre gefährlichste Waffe. Aber die Falten in der Stirn zeigten doch auch, daß diese Frau „ihre Zustände“ hatte, das heißt, sie konnte aus ihren zwei verführerischen Linien Blitze schleudern, konnte vor Zorn in ihre schwarze Pupillen fast grüne Lampen setzen. Dann war sie glühende Lava, alles siebte an ihr. Wie sie jetzt wieder eine Mehlschaufel von einer Ecke zur anderen schmiß, das war Hochspannung. „Berühren mit Lebensgefahr verbunden!“ hätte getraut an ihrem Busen stehen können.

Carolus kam nun angezückt. Er ließ den Rauch seiner Stinko-Winko genießerisch durch seine Lippen kräuseln, während er sich der Meisterin näherte.

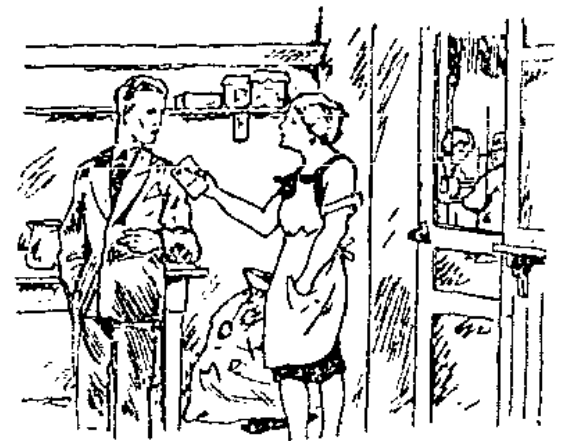
„Na, Ella, was tut sich, wer hat Sehnsucht nach mir?“ fragte er leise.

„Niemand, ich muß mit dir sprechen.“

„Nu man nicht so plötzlich, zu was denn diese Heße?“ Beide redeten sehr leise, denn vorn im Laden, in den man durch ein Fenster sehen konnte, stand die Verkäuferin, die angestrengt durch die Scheiben blinzelte.

„Es ist eine Karte für dich gekommen, deswegen muß ich mit dir reden.“

„Eine Karte? Gib her. Was kann das schon sein!“



„Sie ist von einer Frauensperson, du — hörst du, von einem Mädch, da irgendwoher.“

„Ach — mi' wenn schon. Hast sie natürlich gelesen? Sehr aufmerksam.“

„Ja, und ich muß dich deswegen unbedingt sprechen.“

„Na, dann gib doch erst mal dies ominöse Ding her, schließlich ist sie doch wohl an mich geschrieben, dent' ich.“

„Sei nicht so zynisch. Diese Karte zerrißt mir mein Herz, ich bin wie krank.“

„Gib sie mir doch mal, was ist denn eigentlich los?“

„Du hast schon ein Verhältnis, du hast — ach Gott, ach Gott... hier hier.“

Damit warf sie Carolus das Stück dünnen Karton auf den Backtisch.

Carolus nahm die Karte an sich. Ohne sie zu lesen, steckte er sie in die Tasche.

„So — dich interessiert's wohl nicht, was drauf steht?“

„Hier nicht. Außerdem werde ich es dir sagen, aber nicht vor allen Leuten. Schau doch nur, wie die Käthe spannt.“

„Du hast mich —“

Weiter sprach sie nicht, denn Sophie kam durch die Backstube, um irgend etwas zu holen.

„Bis nachher, jetzt laß mich allein.“

Damit ließ er die Meisterin stehen, ging erhobenen Hauptes durch den Laden an der Verkäuferin vorüber, und fort war er.

Draußen, auf der Straße, zog er das ominöse Beweisstück aus der Tasche, besah sich die Sache erst einmal, dann las er folgenden Erguß:



Lieber Carolus,

ich bin schon etwas erstaunt. Hast Du mich vergessen? Ja, geht denn Liebe so schnell von hinnen? Hast Du mir nicht versprochen, meinen Eltern zu schreiben, und nun dies? O, ihr Männer! Da ist Dir wohl eine andere — schönere, jüngere über den Weg gelaufen, und schon bin ich vergessen! Aber ich tu da nicht mit. Verstehst Du? Das hab' ich um Dich nicht verdient und so. Alles, nur das nicht. Nu schreib' bald.

Grüße
Martha S.